

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

308 (5.7.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitaus größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co. Karlsruhe. Verantwortlich für den Textteil Anton Rudolph; für den Anzeigenteil L. Kindersperger, sämtl. in Karlsruhe i. V. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen:

Die Saepalt. Kolonelle 30 Pfg. Die Reklameteile 1 Mk. Reklamen an 1. Stelle 1,25 Mk. die Zeile, außerdem 20% Druckaufschlag. Bei Wiederholungen tauflicher Rabatt, der bei Nichtzahlung des Geldes, bei gerichtlichen Beschlüssen und bei Kontieren außer Kraft tritt. Adress: Karlsruhe Nr. 8350.

Bezugs-Preise:

Ausg. A ohne Anst. 1,12 1,32
Ausg. B mit Anst. 1,25 1,45
In Karlsruhe: Ausgabe A B monatlich
Im Verlage abgeholt 1,12 1,32
in d. Zweigstellen 1,25 1,45
frei ins Haus ge-
liefert 1,25 1,45
Adress: bei Ab-
holung a. Posthalter 1,12 1,32
Durch d. Briefträger
1mal ins Haus 1,25 1,45
Einzel-Nummer . . . 10 Pfg.

Geschäftsstelle:
Kaiserstr. und Samml.-Gde. nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 308. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 88. Karlsruhe, Freitag den 5. Juli 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Feindliche Vorstöße bei Opern abgewiesen. Englische Infanterieangriffe beiderseits der Somme gescheitert. Luftsiege.

W.B. Großes Hauptquartier, 5. Juli. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Desfl. von Opern wurden stärkere Vorstöße des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Somme sind gestern früh in starkem englischen Feuer Infanterieangriffe des Feindes gescheitert. Auf dem Nordufer des Flusses brachen sie vor unseren Stellungen blutig zusammen. Südlich der Somme drang der Feind in Dorf und Wald Hamel ein. Auf der Höhe südlich von Hamel wurde sein Angriff durch unseren Gegenangriff zum Scheitern gebracht. Westlich von Villers-Bretonneux warfen wir den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück.

Am Abend lebte die Gefechtsstätigkeit fast an der ganzen Heeresgruppenfront auf und blieb auch während der Nacht namentlich in dem gestrigen Kampfabchnitt gesteigert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Erhöhte Gefechtsstätigkeit auf dem Westufer der Aisne und beiderseits der Aisne.

Leutnant Menhoff erlangt seinen 35., Leutnant Thuy seinen 24. Luftsiege.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die „Vertiefung“ des Bündnisses.

Vorbereitungen zur Wirtschaftseinheit Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn.

W.B. Berlin, 4. Juli. (Amtl.) Am 4. Juli 1918 fand im Reichswirtschaftsamt eine im einzelnen streng vertrauliche Besprechung über die wirtschaftliche Klärung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn statt. Geladen waren Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie.

Nach einleitenden Worten des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes wurde von Vertretern der Regierung ein kurzer Überblick über die bisher geleisteten Vorarbeiten gegeben, die teils in Verhandlungen der maßgebenden deutschen Stellen unter sich, teils in Vorbereitungen mit unseren Bundesgenossen bestehen, und die die Erstellung eines einheitlichen Zollgesetzes und Zollschemas, sowie die Durchführung eines einheitlichen Zollverfahrens umfassen, ferner die Vereinheitlichung der gegenseitigen Regelung zum Gebiete des Gewerbes und des Handels und weiter Linien des gewerblichen Rechtsschutzes, der Statistik und der Verkehrs- und Schiffsverkehrsverhältnisse anbahnt. In einer zum 8. Juli 1918 in Salzburg einberufenen Zusammenkunft von Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sollen nunmehr die Grundzüge vorgelegt werden, nach denen die späteren Einzelverhandlungen erfolgen sollen.

Die vorliegenden Fragen wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Wie in dieser Sitzung, wird auch künftig hin den Wirtschaftsverbänden und Interessenten Gelegenheit gegeben, sich zu allen einschlägigen Fragen zu äußern und ihre Gesichtspunkte und Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Zum Kampf um das preussische Wahlrecht.

W.B. Berlin, 4. Juli. Zur Vertagung des preussischen Abgeordnetenhauses, nachdem es mit der 5. Sitzung der Wahlrechtsvorlage keine Schlußfolgerung gezogen hat, meinte das „Berliner Tagblatt“: In welcher Weise sich das Herrenhaus mit den Regierungsvorschlägen und den Korrekturen der Dreiklassenmehrheit abfinden wird, läßt sich noch nicht erkennen. Voraussetzungen sind das Herrenhaus den Beschlüssen der Abgeordnetenmehrheit nicht einfach anzuschließen wollen. Die Herrenhauskommission wird eine geeignete Lösung des Wahlrechtsproblems suchen. Diese Lösung wird für die Anhänger des gleichen Wahlrechts genau ebenso unannehmbar sein, wie diejenige des Abgeordnetenhauses.

Die freisonnerische „Post“ schreibt: Die Regierung hat zwar gestern zu dem Ergebnis der 5. Sitzung geschwiegen, aber daraus ist nicht minder offenbar, daß sie unerschrocken an ihrer Absicht festhält, die ursprüngliche Wahlrechtsvorlage dem Abgeordnetenhause aufzuzwingen, sei es auch mit Hilfe der Auffassung, Alles kommt darauf an, die Regierung bis zu dem Termin von der Unzumutbarkeit eines solchen Vorgehens zu überzeugen. Die Beratung im Herrenhaus kann nach dieser Richtung hin gute Dienste tun. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ jagt zur Annahme des Wahlrechts: „Inneren Habes darf sich die Arbeiterschaft in dieser Zeit nicht leisten. Den Sozialisten Unverantwortlicher darf sie nicht folgen, aber alles muß sie tun, um die Kraft zu sammeln, die sie in künftigen entscheidenden Kämpfen unüberwindlich macht.“

Das holländische Wahlergebnis.

W.B. Amsterdam, 4. Juli. Die Wahlen haben nicht das von ihnen erwartete Ergebnis einer konservativ-merikanischen Mehrheit gehabt. Die katholische Partei ist zwar von 25 auf 30 Sitze in der Kammer gekommen, die antirevolutionäre von 11 auf 13. Rechnet man jedoch die drei konservativ-merikanischen Parteien, die Katholiken, die Antirevolutionären und die

Christlich-historische Partei zusammen, so erhalten sie nicht mehr als 50 Sitze.

Eine entscheidende Niederlage bedeutet das Wahlergebnis für die beiden liberalen Parteien, die die Hauptstützen des Ministeriums Curt van der Linden waren. Die liberalen Unionisten und die Freiliberalen hatten zusammen 31 Sitze, jetzt verfügen sie nur über 10. Die sozialistische Arbeiterpartei wird 7 Abgeordnete mehr in die Kammer schicken, im ganzen 27. Die Sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Partei, die bisher nicht in der Kammer vertreten waren, haben die erstere zwei, die letztere einen Sitz erhalten. 8 Abgeordnete werden eine besondere Partei, d. h. eine Interessengruppe vertreten.

Vorläufig stehen sich also die Parteien der Linken und der Rechten gleich stark gegenüber.

Zum westlichen Kriegsschauplatz.

Französischer Bericht.

W.B. Paris, 5. Juli. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Norden von Montdidier, zwischen Montdidier und Oise und auf dem rechten Maasofer unternahm die Franzosen mehrere Handreichungen und brachten Gefangene ein. Zwischen Oise und Aisne griffen gestern gegen 7 Uhr 30 Minuten abends französische Truppen die deutschen Linien westlich von Autreche auf einer Front von 2 Kilometer an und rüdten vor. Gegen abend erfolgte ein neuer Angriff in derselben Gegend zwischen Autreche und Montfaucon. In dem Augenblick, als die Deutschen einen Gegenstoß vorbereiteten, und es gelang den Franzosen, weiter Boden zu gewinnen. Der Gesamterfolg auf einer Front von 5 Kilometer erreichte an gewissen Punkten eine Tiefe von 1200 Meter. Die Zahl der unversehrten Gefangenen während des Gefechtes betrug 1000, darunter 18 Offiziere. Eines unserer Bataillone machte mehr als 300 Gefangene.

W.B. Paris, 5. Juli. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Laufe des Tages ist nichts zu melden außer der Minderstätigkeit zwischen Oise und Aisne und in der Gegend von St. Pierre Aigle.

Vor dem neuen deutschen Angriff.

o Bern, 5. Juli. (Privat.) Stegemann schreibt im „Berliner Bund“, der vierte große Schlachtakt der Deutschen wälze sich sichtlich näher. Nach dem „Zürch. Anzeiger“ scheinen die Alliierten nichts unversucht zu lassen, um durch ausgiebige Erdungsstätigkeit zu erreichen, daß sie nicht wieder von den Deutschen überfallen werden. Nach der Dauer der gegenwärtigen Vorbereitungsphase sei mit einem gewaltigen deutschen Angriff zu rechnen. (g. R.)

o Bern, 5. Juli. (Privat.) Dem „Bund“ zufolge meldet „Reuter“ aus London: Der Flottenberichterstattung des „Daily Telegraph“, Archibald Hurd, schreibt, die Wiederaufnahme der feindlichen Offensive sei binnen weniger Tage zu erwarten. „Reuter“ bemerkt hierzu, man müsse das Hauptaugenmerk wohl wieder auf die wichtigen Stützpunkte Dover, Calais und Bantichen richten, denn die Verteidigung dieser Kanal-Hafenplätze sei von größter Wichtigkeit und Lebensbedeutung, nicht bloß für England, sondern überhaupt für sämtliche Alliierten.

U. Genf, 4. Juli. „Journal des Debats“ jagt am Dienstag: Die Nachrichten von der Front bestätigen, daß wir vor neuen blutigen Unternehmungen stehen. Frankreich hat die Hoffnung und den Wunsch, daß nach dieser neuen blutigen Tragödie endlich die Stimmen des Friedens und der Verständigung die Völker zusammenbringen möchten.

Die französischen Gegenangriffe.

o Zürich, 5. Juli. (Privat.) Die „Zürcher Morgenztg.“ berichtet, der erste Teil der französisch-englischen Gegenoffensive bei Bieng-Barquin und Cutry müsse als erledigt und völlig gescheitert tarziert werden, denn die dort erzielten britischen Erfolge ständen in grossem Mißverhältnis zu den dafür gebrachten Opfern; da die deutsche Front sich als allzu widerstandsfähig erwies, schmeie hoch die Absicht der Durchführung großer Allionen wenigstens an diesen Abschnitten bereits aufgegeben zu haben. Die Ende letzter Woche so gepöhlten und siegesgewissigkeitsreichen französischen Berichte seien sehr rasch wieder knapp und kleinlaut geworden. (g. R.)

Zum Fliegerangriff auf Paris.

U. Genf, 5. Juli. Ueber das Fliegerbombardement von Paris vom Donnerstag veröffentlichten französische Zeitungen längere Berichte: 11 Personen wurden dabei getötet und 14 verwundet. Wie der „Progrès de Lyon“ meldet, ist der Materialschaden außerordentlich bedeutend. Nach dem „Progrès“ werden die deutschen Flieger jetzt Leichtbomben, deren Sturz durch einen Fallschirm geteilt wird und die ein großes Licht auf den Ort werfen, auf den sie niederfallen. Wie aus den Berichten des „Petit Parisien“ hervorgeht, ist die Wirkung dieser neuen Bomben eine furchtbare. (S. L.)

Gegen die Räumung von Paris.

U. Genf, 5. Juli. Wie französische Provinzblätter berichten, sind zahlreiche Abgeordnete bei der Regierung gegen die Magnahmen zur Räumung von Paris vorkäufig geworden, weil in der Provinz infolge der Flüchtlingsströme sehr unhaltbare Zustände in der Wohnungs- und Lebensmittelfrage eingetreten die ein unentwirrbares Chaos im Verkehr zu schaffen drohen.

Amerikanische Verluste.

o Bern, 5. Juli. (Privat.) Das „Intelligenzbl.“ meldet aus Washington: Der Kriegsminister der Vereinigten

Staaten teilt mit, daß sich die Verluste der amerikanischen Armee bis 1. Juli auf 9131 Mann belaufen. Davon wurden 1970 getötet und 5024 verwundet, 2137 sind vermißt oder erlagen Krankheiten. In diesen Zahlen sind die Verluste der Marine nicht inbegriffen. Die Schweizer Zeitungen schließen aus diesen Verlustziffern, daß erst sehr kleine Truppenkontingente in den Kämpfen im Westen eingesetzt wurden. (g. R.)

Ereignisse zur See.

Der holländische Geleitzug nach Indien. W.B. Amsterdam, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Die Niederländische Tel.-Agentur erfährt, daß der Konvoi nach Indien nunmehr morgen um 3 Uhr früh abgehen wird.

Weitere U-Boots-Erfolge.

W.B. Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Unsere U-Boots haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 15 500 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelschiffes vernichtet. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Aus dem neuen Rußland.

Lenin über die Lage Rußlands.

W.B. Stockholm, 5. Juli. (Nicht amtlich.) „Politiken“ veröffentlicht eine Unterredung mit Lenin, die der Vertreter des Blattes in Petersburg hatte. Danach gab Lenin zu, daß die Lage schwer sei, und daß besonders die nächsten Wochen bis zur Ernte Gefahren mit sich brächten, doch sei die gegenrevolutionäre Liga der reichen Bauern und Offiziere ohne fremde Unterstützung machtlos. Die Opposition innerhalb der bolschewistischen Partei gegen den Brest-Litovsker Frieden habe sich gelegt, da man begriffen habe, daß er notwendig sei, um die Erringung der Revolution durch Deutschland zu verhindern. In der Ukraine sei der Bolschewismus durch die deutsche Okkupation eine Art nationale Bewegung geworden. Zum Schluß sprach Lenin die Hoffnung auf eine allgemeine Revolution in Europa aus.

Konferenzen in Kiew.

o Basel, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Neue Korresp.“ meldet aus Kiew über eine dortige Konferenz zwischen früheren Mitgliedern der Reichsduma und anderen Politikern, auch Großfürst Nikolajewitsch soll infognito Kiew besucht und mit dem Hetman Skoropadski konferiert haben. (g. R.)

Der Kampf um das Murman-Gebiet.

Sch. Rotterdam, 5. Juli. (Privat.) Der „N. Hamb. Ztg.“ wird berichtet: Das Londoner „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Auch über die Murmanküste wurde am 2. Juli der allgemeine Kriegszustand verhängt. (g. R.)

Die Engländer internieren einen Bolschewikgesandten.

o Kopenhagen, 4. Juli. Berlingske Tidende meldet aus Christiania: Der Bolschewik-Gesandte Weiler in Christiania reiste letzten Montag über Bardø nach Rußland ab. Bei Kirkenes wurde der Dampfer, auf dem er sich befand, von einem englischen Torpedojäger angehalten. Der Gesandte Weiler und drei andere Russen wurden auf den Torpedojäger gebracht, der sie in Pettschenga ans Land setzte, wo sie interniert wurden. Weiler befand sich auf dem Wege nach Moskau, um sich mit Lenin zu beraten.

Eine russische Warnung an die Alliierten.

o Moskau, 2. Juli. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Das Amtsblatt des Geschäftsführenden Hauptauswärtigen „Sowjetio“ schreibt in einem Leitartikel „Letzte Warnung“: Die Mißverständnisse zwischen den Revolutionären Rußlands und den Alliierten nehmen in letzter Zeit immer mehr tragischen Charakter an und drohen den beiden beteiligten Seiten sehr großen Schaden zu tun. Es ist uns klar, daß die Wurzeln dieser Mißverständnisse soziale Interessen sind, hauptsächlich die Interessen der herrschenden Kreise der englisch-französischen Koalition. Mißverständnisse liegen wir von neuem, daß die von den imperialistischen Mächten gewählte Taktik zur Verteidigung dieser Interessen in ihren Wurzeln selbst schlecht begründet ist und ihnen nun neue Enttäuschungen vorbeist.

„Alle Welt ist sich klar, daß das revolutionäre Rußland in vielerlei schon recht naher Zukunft eine gewaltige Macht darstellen wird, aber dazu ist es unumgänglich nötig, daß es sich erholt und seine Kräfte nach den letzten von Rußland durchgemachten Proben wiederherstellt, in erster Linie das durch den Krieg desorganisierte Transportwesen neu ordnet. Zur Erreichung dieses Zieles würde der Sowjet bei den an der Wiedererhebung Rußlands interessierten Ländern Hilfe suchen; natürlich unter Bedingungen, die nicht den Grundsaufgaben der Regierung, der Arbeiter und der Bauern widersprechen.“ Eine Zeitlang schien es, als ob in den Kreisen der alliierten Koalition die von Lenin im Geiste des Einverständnisses mit der Sowjetregierung inspirierte Tendenz vorherrschend war. Unglücklicherweise hat sich der politische Horizont in den letzten Tagen verdunkelt, und einzelne Meinungen weisen darauf hin, daß diejenigen Elemente die begierig sind nach „bewaffnetem Eingreifen“ gegen die russischen Sowjets und nach Bejegung des russischen Gebietes durch alliierte Streitkräfte das Übergewicht erlangt haben. Das wäre ein Abenteuer für Frankreich, dessen Hauptstadt durch den deutschen Einfall bedroht ist, und noch weniger verständlich ist diese Geschäftigkeit für England, aber die väterliche Angst Japans um das Heil und Wohlergehen Rußlands ist nur diktiert von seinen Eroberungsabsichten.

ten in Russland. In diesem Einverständnis zu Mächtigkeiten auf Kosten der russischen Revolution bewahren allein die Vereinigten Staaten eine abwartende Haltung gegenüber dem revolutionären Russland.

Wie dringend auch die Beweggründe der Alliierten bei ihren aktiven Maßnahmen in Russland sein mögen, sie werden dabei unermesslich zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands gezwungen werden.

Der Thronwechsel in der Türkei.

WB. Konstantinopel, 5. Juli. (Nicht amtlich.) Meldung unseres Sonderberichterstatters. Mit großer Feierlichkeit fand heute vormittag die Biat genannte Proklamierung des Sultans Mehmed VI. im Palaste Top Kapu statt.

Nachdem der Sultan einen Augenblick auf dem Sessel neben dem Throne Platz genommen hatte, begann die Zeremonie des Biat, bei der die Anwesenden des Sultans, das die Hand des Sultans darstellte, küßten.

Kriegs- und Friedensziele.

Keine Friedensbesprechungen in der Schweiz. Bern, 5. Juli. (Priv. Tel.) Das „Berliner Intelligenzblatt“ meldet: In den letzten Tagen gingen allerlei phantastische Gerüchte um von hohen „Persönlichkeiten der Zentralmächte und Englands“, welche sich in der Schweiz begegnet seien, um über den Frieden zu sprechen.

Die Haltung der französischen Arbeiter. WB. Bern, 5. Juli. (Nicht amtlich.) Der Kongress der Eisenbahner Frankreichs hat am 29. Juni mit 106 710 Stimmen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Clermont-Ferrand und die Haltung der Confédération Générale du Travail gebilligt.

Stürmische Szenen im serbischen Parlament. LL. Belgrad, 5. Juli. Die hiesige „Morgenzeitung“ meldet: Stürmische Szenen spielten, nach hier eingetroffenen Privatmeldungen aus Korfu, sich in der Sitzung des zur Zeit dort tagenden serbischen Parlamentes ab.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Baden-Baden, 4. Juli. Bei dem vierten und letzten der von der Kunstverwaltung veranstalteten Frühjahrs-Festkonzerte, welches wiederum im großen Bühnenhalle des Kurhauses stattfand, war von der Veranstaltung eines Meisterdirigenten Abstand genommen worden.

Sommertheater im Karlsruher Konzerthaus. Weinberger: „3 arme Teufel.“ Karlsruhe, 5. Juli. Im Stadt Konzerthaus ging gestern nach all den vielen Hemmnissen, welche die gegenwärtige Krankeitsperiode dem Operettenspieler bereitet, die längst angekündigte Neuheit „3 arme Teufel“.

ten der Regierung das Beispiel Rumaniens vor, das trotz seiner Niederlage noch infolge rechtzeitiger Verhandlungen einen guten Frieden erzielt habe. (B. L. A.)

Deutschland und der Krieg.

Zur Erhöhung der Börsensteuer.

U. Dresden, 5. Juli. Wie bekannt wird, hat die kaiserliche Regierung sofort bei Einbringung des Gesetzesentwurfes über die Erhöhung der Börsensteuer, beim Bundesrat Bedenken gegen eine zu starke Belastung der Börse geltend gemacht; aber sie ist mit ihrem Widerstande nicht durchgedrungen; vielmehr fast allein geblieben. (B. L. A.)

Hamburg, 4. Juli. Die heute mittag in der Börse versammelten Besucher der Hamburger Wertpapierbörse sahen den Beschluß, das Wertpapiergeschäft bis einschließlich Samstag dieser Woche ruhen zu lassen, um zu zeigen, wie ernst sie die Verhandlungen über das Weiterbestehen der Effektenbörsen Deutschlands betrachten.

Karlsruhe, 5. Juli. Auch die Karlsruher Bankvereinigung hat in einer gestern stattgefundenen Sitzung Stellung gegen den Antrag Gröber, die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer betreffend, genommen.

Badischer Landtag.

27. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. (Vormittagsitzung.)

Karlsruhe, 5. Juli. In der heutigen, um 11 Uhr von dem Präsidenten, Prinz Max, eröffneten Sitzung, legte Oberbürgermeister Hermann Offenburg seinen Bericht über die Beschlüsse der 2. Kammer über die Gemeinde- und Städteordnung vor.

Der Berichterstatter unterbreitete namens des Justizauschusses einen Antrag, in welchem die Regierung ersucht wird, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Gemeinde- und Städteordnung neu gestaltet wird.

Im folgenden berichtete Oberbürgermeister Habermehl-Forstheim über die Gemeindebesteuerung und in Verbindung damit über eine diesbezügliche Petition des Stadtrates Doldorf und Gen. in Heidelberg.

Oberbürgermeister Hermann Offenburg berichtete noch über die damit zusammenhängenden Petitionen verschiedener Frauenverbände betreffend die Verletzung des Wahlrechts an die Frauen.

Heute, morgen und übermorgen (Sonntag, den 7. ds.) wird die neue Operette „Drei arme Teufel“ wiederholt. — In der kommenden Woche wird die „Fiebermaus“ im Spielplan erscheinen.

Permisches.

WB. Genf, 5. Juli. (Nicht amtlich.) Der amerikanische Unabhängigkeitstag wurde in ganz Frankreich in festlicher Weise begangen. Eine Pariser Straße bekommt aus diesem Anlasse den Namen „Avenue Wilson“.

WB. Bern, 5. Juni. (Nicht amtlich.) „Progrès de Lyon“ meldet, daß in Grénoble am 29. Juli abends, infolge Sprengung in einem Schießbedarfslager alle Lagerhäuser in der Umgebung des Zeughauses ausgeflogen sind.

Kopenhagen, 4. Juli. Gestern nachmittag lief auf der hiesigen Kriegswerft ein neues dänisches Küstenpanzerschiff vom Stapel. Die Königsfamilie und eine große Anzahl hoher Offiziere des Heeres und der Marine waren anwesend.

recht in Gemeinden und Staaten kommen werde. — Geh. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim teilt mit, daß die badischen Handelskammern beschlossen hätten, dafür einzutreten, daß bei einer etwaigen Neuordnung des Handelsstammengesetzes den Frauen, die in dem Handelsregister eingetragen sind, das Recht erteilt wird, persönlich zu wählen.

Geh. Kommerzienrat Engelhard berichtet danach über den Beschluß der Zweiten Kammer betreffend die Erweiterung des Landständischen Ausschusses und stellte den Antrag, sich dem Beschluß des anderen Hauses anzuschließen.

Erz. Dr. Lewald sprach sich gegen den Antrag des Ausschusses aus, der nur mit 5 gegen 5 Stimmen Annahme gefunden habe. Gegen die Festlegung der Regierung, im engeren Zusammenhang mit den Landständen zu bleiben, wie sich das während des Krieges herausgebildet hat, könne man wohl nichts einwenden.

Staatsrat Dr. Glöckner erklärte, für den Ausschussantrag zu stimmen, würde dieser abgelehnt, so werde er dem Antrag v. Menckingen beitreten.

Erz. Senker sprach sich gegen den Ausschussantrag aus. Staatsminister von Bodman äußerte Bedenken gegen den Antrag von Menckingen.

Geh. Rat Faberius schlägt vor, dem Antrag Glöckner einen weiteren Passus, und die Regierung zu ersuchen, die Genehmigung des Großherzogs dazu herbeizuführen anzufügen.

Luftwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.) Am 4. Juli, mittags 8 1/2 Uhr: 14,8 Grad; abends 10 1/2 Uhr: 14,3 Grad. Am 5. Juli, vorm. 8 1/2 Uhr: 13,2 Grad.

Schnee am 4. Juli: 15,5; tiefste in der folgenden Nacht: 10,7 Grad. Niederschlag, gemessen am 5. Juli, vorm. 8 Uhr: 0,3 mm.

Reisegepäck-Versicherung. „Securitas“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Bremen. Fertige Polizzen sind sofort erhältlich. Walter Strauss, Karlsruhe. Kaiserstraße 82. — Tel. 204.

Die Verkehrsbeziehungen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn.

WB. Budapest, 3. Juli. In diesen Tagen fanden durch Direktor Schulmacher vom Bund deutscher Verkehrsvereine als Generalsekretär für die deutsch-österreichischen Verkehrsvereine Verhandlungen hier statt zwecks Vorbereitung von Maßnahmen zur wechselseitigen Förderung der Verkehrsbeziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Ländern.

Deutsches in Amerika.

WB. Bern, 5. Juli. (Nicht amtlich.) Bezeichnen für die Stimmung Amerikas ist der Anfang Juni im Repräsentantenhaus eingeleitete Gesetzentwurf, daß in Städtenamen, wie Germantown und Berlinville, das Wort German und Berlin durch Liberty und Victory ersetzt werden soll, da diese Namen die Loyalität und Liebe für das alte Vaterland darzulegen sollten.

„Chicago Tribune“ rügt, daß der Antrag den Namen Bismarck übergeht, nach dem 12 Städte Amerikas heißen, und meint, daß bei Annahme des Antrages 53 Städte ihre Namen ändern müßten.

